

A1

Antrag

an die ordentliche Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.
Möglicher Antragsschluss für Änderungsanträge: 9. Oktober, 12 Uhr.

AntragsstellerIn: Landesvorstand, Parteirat

Gegenstand: Grüne Wege in eine bayerische Landwirtschaft mit Zukunft

Antragstext

1 Wie wir in Bayern Landwirtschaft betreiben, geht uns alle etwas an. Es
2 beeinflusst unsere Ernährung, den Zustand unserer Umwelt, das bayerische
3 Landschaftsbild und die Existenz eines ganzen Berufsstandes zutiefst. Und dabei
4 treffen wir auch moralische Entscheidungen, wie wir mit Tieren und Pflanzen
5 umgehen, was wir unseren Kindern hinterlassen wollen.

6 In Bayern sind wir derzeit an einem Wendepunkt. Das traditionell durch
7 kleinbäuerliche Betriebe bewirtschaftete Land befindet sich in einer Phase des
8 schleichenden und dennoch unerbittlichen strukturellen Wandels: Der durch
9 Industrie, Handel und Politik vorgegebene Kurs ist, möglichst viel zu möglichst
10 billigen Preisen herzustellen. Darunter leidet nicht nur die Qualität unserer
11 Lebensmittel. Auch unsere Umwelt, unser Trinkwasser, die Tiere und immer öfter
12 auch unsere Gesundheit werden in Mitleidenschaft gezogen. Dabei bekommen unsere
13 Bauern für ihre Erzeugnisse längst nicht, was sie eigentlich verdienen. Dem
14 Überlebenskampf auf dem unerbittlichen Weltmarkt sei Dank.

15 Wir müssen uns entscheiden, ob wir Bäuerinnen und Bauern, das Handwerk, die
16 Menschen, die in der Ernährungswirtschaft arbeiten, wertschätzen und wie wir
17 einen Weg finden, ihnen faire Löhne und faire Preise zu ermöglichen. Wir müssen
18 die richtigen politischen Weichen stellen, damit ein „Immer mehr, immer
19 billiger“ nicht die bäuerliche Landwirtschaft, die Tierwürde, die Umwelt und
20 Kulturlandschaft mit Füßen tritt.

21 Wir haben es in der Hand, uns für den richtigen Weg zu entscheiden.

22 Bayern braucht eine Wende in der Agrarpolitik und wir Grüne haben klare
23 Vorstellungen davon, wie diese Agrarwende aussehen kann. Damit übernehmen wir
24 Verantwortung für unsere regionale bäuerliche Landwirtschaft und für globale
25 Gerechtigkeit. Wir Grüne stehen für

- 26 • Eine tiergerechte Haltung
- 27 • Gutes Essen ohne Gentechnik, Antibiotika & Gifte
- 28 • Eine Landwirtschaft im Einklang mit der Natur
- 29 • Eine Landwirtschaft nahe am Menschen: regional und ökologisch
- 30 • Eine global gerechte Landwirtschaft

31 **I Eine Frage der Haltung**

32 **Tiergerechte Haltung und Abschaffung von Tierfabriken in Bayern**

33 Die industrielle Haltung landwirtschaftlich genutzter Tiere hat in den letzten
34 Jahrzehnten in Deutschland in dramatischer Weise zugenommen. Deutschland
35 entwickelt sich zunehmend zum Exportland für Schlachttiere, Fleisch und
36 Fleischprodukte. Diese Fehlentwicklung hat auch Bayern erfasst. Immer mehr Tiere
37 werden in immer größeren Mastfabriken gehalten: 50.000 Masthähnchen oder 2.000
38 Schweine pro Stall sind auch bei uns keine Seltenheit mehr. Tendenz steigend.

39 **Fehlentwicklung stoppen**

40 Nicht mehr Tiere, sondern mehr für's Tier: das ist der Weg in die
41 Qualitätslandwirtschaft, den wir gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern, mit
42 Verbraucherinnen und Verbrauchern gehen wollen.

43 **Mehr Tierschutz in bayerischen Ställen**

44 In Grün geführten Landwirtschaftsministerien hat der Paradigmenwechsel bereits
45 begonnen, unter anderem mit der Einführung von Tierschutzplänen,
46 Tierschutzbeauftragten und einem Klagerecht für Tierschutzverbände. Auch Bayern
47 braucht diesen Paradigmenwechsel. Ziel ist es, mit allen Betroffenen gemeinsam
48 an Lösungen und deren Umsetzung zu arbeiten. Denn mehr Tierschutz schafft auch
49 mehr VerbraucherInnenakzeptanz und höhere Lebensmittelqualität. Der im
50 Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung verankerte Tierschutz muss endlich
51 konsequent umgesetzt werden.

52 Maßnahmen:

- 53 • Einführung eines Tierschutzplans für Bayern mit klaren Fristen zur
54 Umsetzung
- 55 • Schaffung der Stelle einer/s Tierschutzbeauftragten für Bayern
- 56 • Ermöglichung des Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände

57 **Keine Amputationen bei Schweinen, Rindern und Hühnern**

58 Tiere werden in der industrialisierten Tierhaltung lediglich als Ware und
59 Produktionsfaktor gesehen. Enge, Bewegungsmangel, Überzüchtung und hohe
60 Tierzahlen in einem Stall sind schrecklicher Alltag für Millionen von Tieren.
61 Auf einem Quadratmeter drängen sich bis zu 26 schlachtreife Masthühner, ein 110
62 kg schweres Mastschwein muss mit 0.75 qm auskommen. Eine Zuchtsau verbringt etwa
63 die Hälfte ihres Lebens fast bewegungsunfähig im „Ferkelschutzkorb“ und im

64 Kastenstand. Schweineschwänze werden abgeschnitten, Schnabelspitzen bei Küken
65 amputiert und Hornansätze bei Kälbern ausgebrannt, damit sich die eingezwängten
66 Tiere nicht gegenseitig verletzen. Nach dem Wortlaut des Tierschutzgesetzes
67 müssten derartige Eingriffe die Ausnahme sein. In der Realität sind sie die
68 Regel.

69 Damit wollen wir Schluss machen. Ziel grüner Politik ist es, die Gründe für das
70 Federpicken und Schwanzbeißen abzustellen und zu ermöglichen, dass horntragende
71 Tiere gehalten werden können. Wir müssen die Ställe an die Tiere anpassen und
72 nicht umgekehrt. Die Tiere benötigen ausreichend Platz, Auslauf, Tageslicht und
73 Beschäftigungsmöglichkeit.

74 Maßnahmen:

- 75 • Ein ausdrückliches Verbot von Haltungsformen wie Käfighaltung und
- 76 Kastenstand
- 77 • Sofortiges Verbot Tiere grundlos zu töten, wie beim Schreddern der
- 78 männlichen Küken bei Legehennen
- 79 • Sofortiges Verbot von der Amputation von Schnabelspitzen sowie der der
- 80 Einstellung schnabelgekürzter Jungvögel
- 81 • Schnellstmögliche Verbot von Tierversümmelungen, wie der Amputation
- 82 von Schweineschwänzen sowie dem Ausbrennen von Hornansätzen bei
- 83 Kälbern. In einer Übergangszeit Unterstützung der Haltungsumstellung
- 84 durch Fördermaßnahmen für Stallumbauten oder Prämien wie der
- 85 Ringelschwanzprämie in Niedersachsen
- 86 • Verbot der betäubungslosen Kastration bei männlichen Ferkeln

87 **Stroh im Stall statt Voll-Spaltenböden**

88 Wie dringend ein Umdenken bei den Haltungsbedingungen ist, zeigt auch eine
89 jüngst veröffentlichte Studie der LMU zu Voll-Spaltenböden in der Schweinemast.
90 92 Prozent der untersuchten Tiere aus konventioneller Haltung hatten
91 schmerzhaft Veränderungen an den Gelenken. Die Studie belegt einmal mehr unsere
92 Forderung nach einer Rückkehr zu Stroheinstreu.

93 Während in der Milchviehhaltung mit modernen Laufställen in den letzten Jahren
94 Fortschritte im Hinblick auf tiergerechte Haltung gemacht wurden, haben sich die
95 Haltungsbedingungen für Schweine- und Geflügel verschlechtert.

96 Maßnahmen:

- 97 • Stallumbauprogramme zur Förderung umsteigewilliger Betriebe von Voll-
- 98 Spaltenböden auf Stroh im Stall
- 99 • Streichung der Basisprämie von 15 % für Stallneubauten nach den
- 100 gesetzlichen Standard und Umschichtung für Umbauten bestehender Ställe
- 101 mit Offenhaltung und Stroheinstreu.
- 102 • Auflegen eines Festmistprogramms

103 **Ende der ganzjährigen Anbindehaltung**

104 Dass Kühe ihr Leben lang im Stall angebunden sind, wollen wir nicht länger
105 hinnehmen. Die saisonale Anbindehaltung ist aber in kleinen Betrieben,
106 insbesondere im Berggebiet, Teil der bäuerlichen Tradition in Bayern. Soweit
107 sichergestellt ist, dass die Tiere von Frühjahr bis Herbst auf die Weide kommen
108 und im Winter ausreichend Auslauf haben, soll es auch künftig erlaubt sein, die

109 Kühe im Anbindestall zu halten. Gut geführte Höfe mit saisonaler Anbindehaltung
110 erhalten durch die Beweidung die Biodiversität in Grünlandgebieten.
111 Grundsätzlich wollen wir die Weidehaltung von Kühen und Rindern fördern,
112 unabhängig von der Stallform. Denn selbst in Bayern kommen nur noch 16% der
113 Milchkühe auf die Weide.

114 **Käfighaltung abschaffen - Hühner zurück auf die Höfe**

115 Der Bayern-Ei-Skandal hat der tierquälerischen Haltung von Legehennen in
116 Monsterfabriken, zusammengepfercht in engen Käfigen, eine traurige Aktualität
117 verliehen. Es gibt sie noch: Legebatterien mit hunderttausenden von Tieren,
118 obwohl sie längst hätten verboten werden müssen. Alleine in Bayern leben rund
119 1,3 Millionen Hennen in Käfigen. Nachdem der damalige
120 Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) die Käfighaltung 2009 unter
121 anderem Namen wiedereingeführt hat, erklärte das Bundesverfassungsgericht diese
122 Haltungsform für verfassungswidrig. Doch die ehemalige
123 Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) erließ kein entsprechendes
124 Gesetz zur Abschaffung der Käfighaltung. Für uns Grüne ist klar, dass
125 Deutschland dem Beispiel Österreichs folgen und aus der Käfighaltung aussteigen
126 muss. Weil Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) untätig ist,
127 fordern wir für Bayern ein Ende der Käfighaltung bis 2017 auf dem Verordnungsweg
128 ein.

129 Hühner gehören zurück auf die Höfe. Statt in riesigen Tierfabriken wollen wir
130 erreichen, dass Hühner wieder in kleineren Einheiten auf den Bauernhöfen
131 gehalten werden. Wir unterstützen Initiativen zur Förderung von mobilen
132 Hühnerställen und Erzeugergemeinschaften von Legehennen, die z.B. mit
133 Eiersammelwagen die dafür notwendigen regionalen Vermarktungsstrukturen
134 schaffen.

135 Maßnahmen:

- 136 • Abschaffung der Käfighaltung in Bayern bis 2017. Ab sofort sollen
137 keine Anlagen oder Anlagenerweiterungen mit Käfighaltung mehr
138 genehmigt werden.
- 139 • Förderung mobiler Hühnerställe und Initiativen zur Schaffung
140 entsprechender regionaler Vermarktungsstrukturen für Eier

141 **Keine Privilegierung von Tierfabriken**

142 Ein Grund für den ungebremsten Bau riesiger Mastställe ist eine zu großzügige
143 Auslegung des §35 Baugesetzbuch über das privilegierte Bauen im Außenbereich.
144 Deshalb wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Genehmigungen von
145 industriellen Tierhaltungen so restriktiv wie möglich zu handhaben. Die
146 Bauprivilegierung muss bäuerlichen Betrieben vorbehalten bleiben und ihre Grenze
147 dort finden, wo Betriebe eine förmliche Genehmigung nach dem
148 Immissionsschutzrecht benötigen. In einigen Regionen ist die Anzahl der
149 Tierhaltungsanlagen besonders stark konzentriert. Hier kämpfen die BürgerInnen
150 mit der Bioaerosol- und Ammoniakbelastung und dem Gestank. An diesen Orten muss
151 es den Kommunen möglich sein, den Zubau von Mastanlagen in eigener Verantwortung
152 zu bremsen. Bodengebundene Tierhaltung in der Landwirtschaft muss wieder zur
153 Regel werden. Nur Betriebe, die über 50 Prozent des benötigten Futters auf
154 eigenbewirtschafteten, hofnahen Flächen auch tatsächlich selbst erzeugen und an
155 ihre Tiere verfüttern, sollen eine baurechtliche Privilegierung als
156 landwirtschaftlicher Betrieb bekommen. Wird die Futteranbaufläche reduziert,

157 muss im entsprechenden Umfang auch der Tierbestand verkleinert werden.
158 Flächengebundene Tierhaltung darf sich eben nicht nur auf die Gülleverwertung
159 beziehen, sondern auch auf die Futtergrundlage. Darin sehen wir eine wichtige
160 Säule einer eigenverantwortlichen bäuerlichen Qualitätslandwirtschaft, die
161 tiergerecht und nachhaltig wirtschaftet.
162 Maßnahmen:

- 163 • Bauprivilegien nur für landwirtschaftliche Betriebe, die nicht unter
164 das Immissionsschutzrecht fallen
- 165 • Verringerung der Besatzdichte und eine bodengebundene Tierhaltung
- 166 • Ein Filtererlass, der für große Schweinemastställe einen Abluftfilter
167 nach dem Stand der Technik zwingend vorschreibt, so wie dies in vielen
168 anderen Bundesländern bereits praktiziert wird
- 169 • Kontrollmöglichkeiten zur Einhaltung der Flächenbindung ausweiten

170 **Beratungsangebote für eine tiergerechte Haltung**

171 Bei der Umstellung auf gute Haltungssysteme sind große Investitionen nötig. Der
172 Umbau von Ställen und Stallneubauten ist aber nicht nur kosten- sondern auch
173 beratungsintensiv. Die Beratungsstruktur in der Landwirtschaft ist von wenigen
174 Verbänden dominiert, die einseitig auf Wachstum setzen. Wir Grüne wollen
175 zukunftsweisende Beratungsprojekte fördern, sie ausbauen und neue Projekte
176 anstoßen, um das Ziel einer tiergerechten Haltung zu erreichen.
177 Maßnahmen:

- 178 • Förderung von unabhängigen Beratungsprojekten für eine tiergerechte
179 Haltung

180 **Schluss mit Überzüchtung**

181 Die auf Hochleistung und Turbowachstum einseitig ausgerichtete Zucht und zum
182 Teil groteske Überzüchtung der Tiere führt zu Tierleid und haltungsbedingten
183 Krankheiten. Puten, Masthühner und Enten haben Knochendehformationen und massive
184 Bewegungseinschränkungen aufgrund zu schnellen Wachstums und Legehennen werden
185 zu Legemaschinen. Bei Kühen verringert die Fokussierung der Zucht auf die
186 Jahresleistung die Lebenserwartung deutlich. Durchschnittlich werden Kühe nur
187 noch 5 Jahre und drei Monate alt. Wir Grüne sehen einen dringenden
188 Handlungsbedarf, die Zuchtziele zu Gunsten von Langlebigkeit, Robustheit und
189 Tiergesundheit und bei Kühen auf Lebensleistung anzupassen. In der Mast braucht
190 es eine Begrenzung der täglichen Zunahmen bei den Zuchtzielen. Wir wollen
191 Forschungsprogramme fördern, die tiergerechte Zuchtziele statt Höchstleistung im
192 Augen haben und alte, regionale Nutztierassen wieder etablieren. Gerade für
193 Bayern mit seinen vielen Bergregionen und Grenzertragsflächen haben alte
194 Nutztierassen große Vorteile. Wir wollen, dass auch in Zukunft die horntragende
195 Kuh ihren Platz in der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern hat. Die
196 Hornloszüchtung ist für uns nicht der Königsweg.

197 **Kein System der Wegwerftiere**

198 In einem System, das Landwirtinnen und Landwirte in die Produktion möglichst
199 billiger Massenware zwingt, das hochgradige Spezialisierung fordert, werden
200 Tiere zu Abfall, wenn sich ihre Aufzucht wirtschaftlich nicht lohnt. Ein
201 Beispiel ist das massenhafte Töten männlicher Küken bei Legehennen. Da die Hähne

202 dieser Legerassen zu langsam wachsen, werden sie als Eintagsküken vergast oder
203 geschreddert. Das muss nicht so sein: In Bayern gibt es bereits einige Pioniere,
204 wie das Hahn-Henne-Ei Projekt. Hier dürfen auch männliche Küken aufwachsen. In
205 der Schweinezucht mit dem Ziel immer größerer Würfe, werden „überzählige“,
206 schwache Ferkel oftmals getötet. Selbst Bullenkälber von hochspezialisierten
207 Milchkühen droht diese Entwicklung. Hier müssen wir in Bayern schon frühzeitig
208 gegensteuern. Wir setzen uns ein für staatlich unterstützte Forschungsprogramme
209 zur Züchtung von Zweinutzungsrasen z.B. bei Hühnern.
210 Das Schlachten trächtiger Kühe findet auch in deutschen Schlachthöfen statt.
211 Ihre Kälber ersticken qualvoll im Mutterleib. Wir Grüne fordern daher ein
212 Schlachtverbot für trächtige Kühe, Notschlachtung ausgenommen.
213 Maßnahmen:

- 214 • Förderung von Forschungsprogrammen mit den Zuchtzielen :
215 Langlebigkeit, Robustheit und Tiergesundheit
- 216 • Förderung von Zweinutzungsrasen und Bruderhahnprojekten
- 217 • Schlachtverbot für trächtige Kühe

218 **Bayern als Vorreiter tiergerechter Haltung**

219 Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die Ausgangslage in Bayern für die
220 Verhinderung der Ausweitung von industriellen Tierhaltungen günstig. Noch ist es
221 möglich, eine negative Entwicklung in Bayern aufzuhalten, die bäuerliche
222 Landwirtschaft zu stärken und eine Umstellung auf tiergerechte Haltungsformen zu
223 erreichen. Dafür gibt es einen breiten Konsens in der Gesellschaft.

224 **II Gutes Essen ohne Gentechnik, Antibiotika & Gift Wissen, was drin ist!** 225 **Verlässliche und umfassende Kennzeichnung**

226 Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher stellen höhere Ansprüche an die
227 Erzeugung und die Qualität ihres Essens. Sie fordern mehr Transparenz darüber,
228 wie ihre Lebensmittel erzeugt wurden und wo sie herkommen. Die Zeit ist reif für
229 die Einführung einer Tierhaltungskennzeichnung für alle vom Tier stammenden
230 Lebensmittel. Erst eine transparente Kennzeichnung mit klar erkennbaren
231 Alternativen beim Einkauf und eine wirksame Kontrolle bewirken einen Wandel.
232 Undurchsichtige Manöver wie die Tierwohlinitiative von
233 Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt sind ungeeignet. Wir Grüne wollen, dass
234 die Haltungsbedingungen der Tiere auf Verpackungen unkompliziert gekennzeichnet
235 werden. Ähnlich wie die 0,1,2,3 bei Frischeiern, soll kenntlich gemacht werden,
236 aus welchen Haltungsformen das Fleisch von Schweinen, Rindern und Geflügel
237 kommt. Mit ausreichender Transparenz werden sich Produkte aus tiergerechter
238 Haltung auf dem Markt durchsetzen. So sind bereits die Käfigeier aus den Regalen
239 der Supermärkte weitestgehend verschwunden. Dies gilt aber noch nicht für
240 Lebensmittel, in denen Eier enthalten sind. Wir wollen auch bei verarbeiteten
241 Eiern eine Kennzeichnung auf der Verpackung, damit tierquälerische Haltung ein
242 Ende hat.
243 Maßnahmen:

- 244 • Recht auf Information: Einführung verbindlicher Herkunfts- und
245 Haltungskennzeichnung von Fleisch und von Eiern auch in verarbeiteten
246 Lebensmitteln

- 247 • Ehrlichkeit auf der Verpackung statt geschöner Bilder: Keine
248 Irreführung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch vorgetäuschte
249 Bauernhofidylle beim Produktmarketing

250 **Antibiotika nur im Einzelfall bei kranken Tieren**

251 Rund eine Million Menschen infizieren sich nach Angaben der Deutschen
252 Gesellschaft für Krankenhaushygiene jährlich mit multiresistenten Keimen. Für
253 30.000 bis 40.000 Menschen ist diese Infektion die wesentliche Todesursache.
254 Nicht alle MRSA-Keime kommen aus der Landwirtschaft, doch wir wissen heute, dass
255 Resistenzen dort entstehen, wo Antibiotika viel und häufig eingesetzt werden.
256 Wie in der industriellen Massentierhaltung, die ohne das Schmiermittel
257 Antibiotika nicht funktioniert. 76% der Schweine und 83% des Mastgeflügels
258 erhalten während ihres kurzen Lebens zum Teil sogar mehrfach Antibiotika. Bei
259 der Erkrankung einzelner Tiere wird oft gleich der ganze Bestand behandelt. Je
260 größer und dichter der Bestand, desto größer ist das Gesundheitsrisiko bei den
261 Tieren und entsprechend hoch ist der Antibiotikaeinsatz. Bei der Agrarwende geht
262 es daher nicht nur um die Frage der Tierhaltung, sondern ganz zentral auch um
263 den Schutz der Gesundheit der Menschen. Bis heute schiebt die Bundesregierung
264 dem dramatisch hohen Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft keinen Riegel
265 vor. Selbst Reserveantibiotika, die der Humanmedizin vorbehalten bleiben müssen,
266 finden inzwischen ihren Weg in die Käfige und Zellen der industriellen
267 Massentierhaltung. Der Handlungsbedarf für die Politik ist eindeutig. Unser Ziel
268 ist es, den Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung in den nächsten fünf
269 Jahren zu halbieren und den Einsatz von Reserveantibiotika in der Tiermast zu
270 verbieten.
271 Dafür brauchen wir ein funktionierendes Antibiotika-Erfassungssystem, das
272 belastbare Daten liefert und eine betriebsbezogene Auswertung ermöglicht.
273 Maßnahmen:

- 274 • Verbot des Einsatzes von Reserveantibiotika in der Tiermast
275 • Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika in der Tiermast um 50% in
276 den nächsten fünf Jahren
277 • Bessere Kontrolle des Antibiotikaeinsatzes und scharfe Sanktionen bei
278 Missbrauch
279 • Optimierung des Antibiotika-Erfassungssystems und Einführung einer
280 zentralen Datenbank zur Erfassung der tierärztlichen Dokumentationen
281 • Abschaffung von Mengenrabatt auf Antibiotika und andere Medikamente
282 • Zwingende tierärztliche Untersuchung kranker Tiere vor Ort vor der
283 Medikamentenverschreibung

284 **Keine Risiko-Gentechnik auf unseren Tellern und Feldern**

285 Wir wollen eine 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft und keine Gentechnik
286 auf unseren Tellern - bayernweit, deutschlandweit und EU-weit. Genmanipulation
287 bedeutet unkalkulierbare Risiken für Umwelt, Gesundheit und Gesellschaft und
288 eine Totalabhängigkeit unserer LandwirtInnen von Monsanto und Co. Mehr als 80
289 Prozent der Bevölkerung lehnt Gentechnik auf den Feldern ab. Die CSU spielt ein
290 falsches Spiel: hierzulande mimt sie den vehementen Gegner der Gentechnik und in
291 Berlin unterstützt sie die Merkel-Regierung und stimmt für die Interessen der
292 Genlobby.

293 **Konsequent gentechnikfrei in der Land- und Ernährungswirtschaft**

294 Auf Bundes- und EU-Ebene kämpfen wir Grüne gegen die Zulassung und Vermarktung
295 von gentechnisch verändertem Saatgut und gegen einen Patentschutz gentechnisch
296 veränderter Pflanzen und Tiere. Wir fordern eine vollständige und deutliche
297 Kennzeichnung von Lebensmitteln, die unter Einsatz von gentechnisch veränderten
298 Organismen entstanden sind. Dies bezieht sich insbesondere auf den Einsatz von
299 gentechnisch verändertem Futtermittel.

300 Maßnahmen:

- 301 • Einsatz auf EU-, Bundes- und Landesebene gegen die Zulassung und
- 302 Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut
- 303 • Kein Patent auf Leben
- 304 • Vollständige Kennzeichnung von genmanipulierten Lebensmitteln
- 305 • Einsatz für den sofortigen Stopp der Verhandlungen der
- 306 Freihandelsabkommen TTIP und CETA, welche die Einführung von
- 307 Gentechnik ermöglichen
- 308 • Dauerhafte Sicherung der Null-Toleranz bei Saatgut
- 309 • Förderung des Anbaus heimischer Eiweißpflanzen

310 **III Eine Landwirtschaft im Einklang mit der Natur**

311 **Sauberes Wasser statt Gülleseen**

312 Wasser ist die Grundlage unseres Lebens. In immer mehr Regionen Bayerns ist die
313 Qualität des Grundwassers wegen der hohen Nitrat- und Gifteinflüsse aus der
314 Landwirtschaft bedroht. Wasserversorger mussten bereits Trinkwasserbrunnen
315 schließen oder teure Wasseraufbereitungsanlagen bauen. Besonders in Regionen mit
316 industrieller Tierhaltung, verstärktem Grünlandumbruch und großflächigem
317 Maisanbau steigen die Nitratwerte. Die Risikoanalyse des Landesamtes für Umwelt
318 (LfU) zeigt, dass bis zum Jahr 2021 knapp 40% der bayerischen Grundwasserkörper
319 gefährdet sind. Hauptursache der Misere ist das Desinteresse der CSU-
320 Staatsregierung und des Bauernverbandes an einem konsequenten Schutz des
321 Wassers. Obwohl Deutschland Strafzahlungen aus Brüssel drohen falls nicht mehr
322 zur Reinhaltung des Grundwassers passiert, blockieren CSU und Bauernverband eine
323 ernsthafte Novellierung der Düngeverordnung mit einer Hoftorbilanz und klaren
324 Düngeobergrenzen. Grundwasserschutz kann aber nicht auf Freiwilligkeit und
325 Zuschüssen basieren. Dafür braucht es klare gesetzliche Vorgaben. Wir wollen
326 eine betriebsbezogenen Erfassung der Düngemengen und eine Förderung des
327 vielfältigen Landbaus mit lokalen Nährstoffkreisläufen von der
328 Futtermittelversorgung bis zur Wirtschaftsdüngeranwendung statt großflächiger
329 Monokulturen und Gülleseen. Stroh im Stall verhindert nicht nur Tierleid, es
330 schützt auch Böden und Gewässer vor zu hohen Nitrat- und Phosphateinträgen. Weil
331 Bayern als einziges Bundesland die fünf Meter breite Pufferzone zwischen Äckern
332 und Gewässern immer noch nicht zur Pflicht gemacht hat, gelangen die Einträge
333 weiterhin ungehindert in unsere Bäche und Flüsse. Das Prinzip der Freiwilligkeit
334 bringt keinen ausreichenden Schutz.

335 Maßnahmen:

- 336 • Betriebsbezogene Erfassung der Düngemengen
- 337 • Novellierung der Düngeverordnung mit einer Hoftorbilanz und klaren
- 338 Düngeobergrenzen
- 339 • Einführung eines verpflichtenden Gewässerrandstreifens

340 **Mehr biologische Vielfalt statt ausgeräumter Landschaften**

341 Nicht nur das Wasser auch Böden und Biodiversität sind gefährdet.
342 Hauptverursacherin für den Rückgang der biologischen Vielfalt ist die schädliche
343 Intensivlandwirtschaft und damit verbunden der massive Umbruch von Grünland.
344 Gerade in Bayern ist - neben Niedersachsen und Schleswig-Holstein - der Rückgang
345 des Grünlandes dramatisch. In zehn Jahren sind in Bayern 60.000 Hektar
346 Dauergrünland verloren gegangen, umgewandelt in Ackerfläche oder durch Bebauung
347 versiegelt. Die noch vorhandenen Wiesen und Weiden werden oft ähnlich
348 ausbeuterisch bewirtschaftet wie die Äcker. Um dies zu ändern wollen wir mehr
349 Magerflächen mit weniger Schnitten pro Jahr. Denn wir brauchen artenreiches
350 Dauergrünland für den Wasser- und Bodenschutz, für Biodiversität. Wiesenblumen
351 und Weidekräuter dienen vielen Lebewesen als Nahrung und Lebensraum.
352 Biodiversität ist das Immunsystem unserer Erde.
353 Maßnahmen:

- 354 • Erhalt artenreichen Dauergrünlands
- 355 • Umwandlungsverbot für Dauergrünland und Einführung eines
356 Grünlandschutzgesetzes für Bayern
- 357 • Mehr finanzielle Mittel für die Beratung der Landwirtinnen und
358 Landwirte zum Erhalt der Biodiversität
- 359 • Eine Ausweitung von Programmen für Blühstreifen, Baumreihen, Gehölzen
360 und Zwischenfruchtansaat
- 361 • Höhere Vergütung über das EEG von ökologisch wertvollen
362 Energiepflanzen für Biogas aus mehrjährigen Kulturen und
363 Zwischenfruchtanbau

364 **Kein Gift auf unsere Felder**

365 Allein im Jahr 2012 wurden in Deutschland 6000 Tonnen glyphosathaltiges
366 Pflanzengift auf unsere Äcker gespritzt. Glyphosat ist inzwischen von der
367 Weltgesundheitsorganisation als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft
368 worden. Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, mit ihrer Verharmlosung
369 dieses Allzweckgifts endlich Schluss zu machen. Wir fordern ein Verbot von
370 Glyphosat auf Ackerflächen, bei der Neuansaat von Grünland und in Privatgärten.

371 **Auswirkung der schädlichen Intensivlandwirtschaft auf Bienen**

372 Bienen und andere Insekten sind für den Naturhaushalt unverzichtbar. Die von
373 Monokulturen geprägte Landwirtschaft entzieht ihnen jedoch zunehmend die
374 Nahrungsgrundlage. Hinzu kommt der Einsatz von Gift wie Neonicotinoide. Deshalb
375 ist die Hälfte der bekannten Bienenarten und Insektenarten vom Aussterben
376 bedroht. 2014 war das schlechteste Bienenjahr der Geschichte und das fünfte sehr
377 schlechte Jahr in Folge. Nur eine nachhaltige und vielfältige Landwirtschaft und
378 der Verzicht auf Gift können Bienen schützen. Durch die Anlage von Blühstreifen
379 und -flächen können LandwirtInnen aktiv zum Überleben der Bienen und vieler
380 Insekten beitragen.
381 Maßnahmen:

- 382 • Keine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat in der EU Ende 2015
- 383 • Endgültiges Verbot des Giftes der Neonicotinoide, wenn im Dezember
384 dieses Jahres das von der EU verhängte Moratorium ausläuft

385 **Bodenschutz**

386 Der Erhalt und die Verbesserung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit ist eine der
387 wichtigsten Aufgaben in unserer Verantwortung für die nächsten Generationen. 18
388 Hektar fruchtbarer Boden gehen pro Tag in Bayern durch Siedlungs-, Gewerbe- und
389 Verkehrsbaumaßnahmen unwiederbringlich verloren. Die Staatsregierung lässt
390 diesen Flächenfraß nicht nur zu, sie heizt ihn sogar mit der Aufweichung der
391 Anbindeklausel im Landesentwicklungsprogramm an. Wir fordern endlich die
392 Umsetzung eines kommunalen Flächenressourcenmanagements. In allen anderen
393 Bundesländern ist es gelungen, den Flächenverbrauch zu senken, nur in Bayern
394 betonierte die CSU unsere Böden weiter zu.

395 Falsche Bodenbearbeitung mit schwerer Technik, Giften und unzureichender
396 Fruchtfolge zerstören zudem das natürliche Bodengefüge auf unseren Äckern. Der
397 wertvolle Humusgehalt geht verloren und das unzählige Leben unserer Böden
398 stirbt. Für 95 % aller heimischen Insekten ist in ihrer Entwicklung ein
399 bodenbewohnendes Stadium lebensnotwendig.

400 Der Schwund heimischer Vögel auf unseren Äckern ist dramatisch. Eine Trendwende
401 ist bisher nicht absehbar.

402 Maßnahmen:

- 403 • Umsetzung eines kommunalen Flächenressourcenmanagements mit dem Ziel,
404 den Flächenverbrauch drastisch zu reduzieren
- 405 • Schutz von wertvollen Ausgleichsflächen
- 406 • kein Gifteinsatz auf ökologischen Vorrangflächen
- 407 • Einhaltung einer vielfältigen mindestens dreigliedrigen Fruchtfolge
408 auf den Äckern und Winterbedeckung der Böden
- 409 • Maßnahmen zur Minimierung der Verdichtung des Unterbodens
- 410 • Wissensvermittlung um den richtigen Umgang mit Böden in der land- und
411 forstwirtschaftlichen Ausbildung

412 **IV Eine Landwirtschaft nahe am Menschen: regional und ökologisch**

413 Wir rücken bäuerlicher Vielfalt, Lebensqualität, eine Landwirtschaft im Einklang
414 mit Mensch, Natur und Tier in den Mittelpunkt unserer Politik. Bäuerliche
415 Betriebe stehen im Gegensatz zu agrarindustriellen Fabriken für Qualität und
416 Wertschöpfung in der Region. Um diese Verantwortung nicht in Selbstausbeutung
417 und wirtschaftlichen Ruin der Betriebe enden zu lassen, müssen wir die
418 ökonomischen Rahmenbedingungen so ändern, dass sich gesamtgesellschaftliche
419 Leistungen von Bäuerinnen und Bauern wieder lohnen.

420 **Höfesterben beenden**

421 Unser Ziel ist es, die bäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft zu retten,
422 Vielfalt zu erhalten und dem Höfesterben endlich ein Ende zu setzen. Es ist
423 höchste Zeit, dass sich Bäuerinnen und Bauern nicht mehr zwischen „Wachsen oder
424 Weichen“ entscheiden müssen. Wenn wir jetzt nicht die richtigen
425 Rahmenbedingungen setzen, wird der Strukturwandel die in Bayern noch vorhandenen
426 bäuerlichen Strukturen zerstören. Leider zementiert die EU Agrarpolitik mit
427 ihren Finanzierungsinstrumenten den fortschreitenden Strukturwandel und das
428 Sterben bäuerlicher Betriebe. Wir fordern die Wiedereinführung der Deckelung der
429 Direktzahlung für Großbetriebe und eine stärkere Umverteilung hin zu bäuerlichen
430 Betrieben.

431 Ein wichtiger Weg zum Erhalt einer Vielfalt von Betrieben ist die konsequente
432 Unterstützung und der deutliche Ausbau des Ökolandbaus. Wir Grüne sehen darin
433 den Zukunftsmarkt für die bayerische Landwirtschaft. Der Ökolandbau muss endlich
434 aus der 7-Prozent-Nische heraus. Wir wollen eine Agrarwende, die ein ressourcen-
435 und umweltschonendes Wirtschaften ermöglicht.

436 **Faire Preise mit regionalen Wirtschaftskreisläufen - weg von der**
437 **Weltmarktfixierung**

438 Die Industrialisierung und Exportorientierung der bayerischen Landwirtschaft
439 nimmt immer weiter zu. Doch es ist der falsche Weg, der die Bäuerinnen und
440 Bauern zu Verlierern macht. Es wird mehr an der Landwirtschaft verdient als mit
441 der Landwirtschaft. Angefangen bei Saatgutherstellern über Spritzmittel-,
442 Agrotechnik-, Kunstdüngerherstellern bis hin zur lebensmittelverarbeitenden
443 Industrie, der Exportwirtschaft und Bodenspekulanten. Je spezialisierter ein
444 Betrieb, umso abhängiger. Als Ergebnis stehen die Erzeugerpreise stark unter
445 Druck. Die Gewinne der Landwirte werden ausschließlich über Masse gemacht.
446 Dieser Preiskampf um immer billigere Nahrungsmittelrohstoffe ist die wesentliche
447 Triebfeder für die Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft. Den Export-Wettlauf,
448 mit dem beispielsweise unsere Milch auf dem Weltmarkt zum Ramschprodukt
449 verkommt, können die bayerischen Landwirtinnen und Landwirte nur verlieren. Wir
450 fordern daher Maßnahmen, die es den Milchbauern ermöglichen, tiergerecht,
451 umweltfreundlich und qualitativ hochwertige Milch zu produzieren und dafür einen
452 fairen Preis zu erwirtschaften. Um den fallenden Milchpreisen entgegenzuwirken,
453 brauchen wir Steuerungsinstrumente wie ein Bonussystem für die
454 Milchmengenreduzierung.

455 Wenn wir nicht handeln, geht der Zwang, immer noch billiger zu produzieren,
456 weiterhin zu Lasten der Umwelt, der Tiere und der Landwirte. Kleine und mittlere
457 landwirtschaftliche Betriebe gehen daran kaputt. Nicht nur bei uns in Bayern
458 sondern auch weltweit. Mit dem amerikanisch-europäischen Freihandelsabkommen
459 TTIP wird sich die Situation weiter verschärfen, denn mit billigen
460 Fleischimporten aus den USA wird die bayerische Landwirtschaft noch stärker
461 unter Druck geraten. Wir Grüne fordern den sofortigen Stopp von TTIP auf
462 Grundlage des jetzigen Verhandlungsmandats, denn das Abkommen gefährdet unsere
463 bäuerlichen Betriebe und führt zu einer Absenkung unserer Umwelt- und
464 Verbraucherstandards.

465 **Starke Regionen sind der richtige Weg**

466 Wir sind überzeugt: Die Stärkung der Regionen ist der richtige Weg für Bayern.
467 Unser Land hat alle Voraussetzungen für eine umweltgerechte und regional
468 verankerte Land- und Lebensmittelwirtschaft. Hochwertige Agrarprodukte, in der
469 Region erzeugt und verarbeitet, halten die Wertschöpfung in Bayern. Die
470 Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe sichert nicht nur den bayerischen
471 Bäuerinnen und Bauern ihre Unabhängigkeit, sie sichert auch die Qualität in der
472 Lebensmittelerzeugung. Die fortschreitende Industrialisierung der
473 Landwirtschaft, begleitet vom Höfesterben, hat zu einer erheblichen Schwächung
474 der ländlichen Räume geführt - so mussten in den letzten 35 Jahren über 180.000
475 meist kleinere landwirtschaftliche Betriebe aufgeben und alleine in den letzten
476 15 Jahren ist jeder vierte Arbeitsplatz in der Landwirtschaft verschwunden.
477 Diesen Trend wollen wir Grüne umkehren. Zusammen mit Handwerks- und
478 Dienstleistungsbetrieben, Betrieben der Lebensmittelverarbeitung und -

479 vermarktung, der Gastronomie, dem ländlichen Tourismus bilden
480 Landwirtschaftsbetriebe Wirtschaftsstrukturen, die Werte schaffen und die
481 Wertschöpfung in den Regionen halten. Eine gesunde eigenständige
482 Regionalstruktur bietet weit mehr Arbeitsplätze als eine rationalisierte,
483 exportorientierte, industrielle Landwirtschaft. Wir brauchen ein gezieltes
484 Existenzförderungsprogramm für die das ländliche Lebensmittelhandwerk. Darüber
485 hinaus soll Bayern gezielt Erzeugergemeinschaften unterstützen, die regionale
486 Spezialitäten in marktrelevanten Mengen und Qualitäten anbieten. Es soll eine
487 Landesinitiative zur Stärkung einer regionalen, ökologischen Esskultur in der
488 Bayerischen Gastronomie und Hotellerie auf den Weg gebracht werden.
489 Maßnahmen:

- 490 • Einrichtung eines Regionalprogramms zum Aus- und Aufbau notwendiger
- 491 Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen landwirtschaftlicher
- 492 ErzeugerInnen
- 493 • Förderung von Investitionen in artgerechte Tierhaltungssysteme,
- 494 Direktvermarktung und -verarbeitung und Umwelt- und Klimaschutz

495 **Ökologische Landwirtschaft - mehr bayerisches Bio**

496 Der ökologische Landbau ist die Form der Landwirtschaft, bei der ein
497 verantwortungsvoller Umgang mit Tieren, der Schutz unserer natürlichen
498 Ressourcen wie Grundwasser und Böden, Landschaftspflege und der Erhalt der
499 Artenvielfalt an erster Stelle stehen. Deshalb ist Ökolandbau unser Leitbild für
500 eine nachhaltige Landwirtschaft. Und Bio boomt. Aber nicht bei den Bauern
501 hierzulande. Während die Nachfrage nach Bioprodukten in Bayern in den letzten
502 Jahren rasant angestiegen ist, stagnierte die ökologisch bewirtschaftete Fläche.
503 Mit der Initiative BioRegio Bayern 2020 war die Staatsregierung 2013 angetreten,
504 den Öko-Landbau in Bayern bis 2020 zu verdoppeln. Doch noch immer liegt der
505 Anteil der Ökobauern im Freistaat bei nur 7% an der Anbaufläche, das ist viel zu
506 wenig. Bayern ist ein Milchland, doch während die bayerische Landwirtschaft bei
507 konventionell erzeugter Milch 178 Prozent des heimischen Bedarfs deckt - also
508 einen großen Teil der Erzeugung auf dem Weltmarkt absetzen muss - liegt der
509 Selbstversorgungsgrad bei Biomilch bei lediglich 68 Prozent. Mit dem Ende der
510 Milchquote ist ein weiterer Preisverfall und damit eine existentielle Bedrohung
511 für konventionell wirtschaftende Höfe eingetreten. Von nicht mal 30 Cent pro
512 Liter Milch kann kein Bauer leben. Dagegen ist der Bedarf an Biomilch riesig und
513 der Preis für die Bäuerinnen und Bauern fair und stabil. Diese Chance für mehr
514 Bio in Bayern muss genutzt werden und die richtigen Rahmenbedingungen dafür
515 müssen gesetzt werden. Wir sind davon überzeugt, dass wir in Bayern großartigen
516 Möglichkeiten haben, die Bioprodukte selbst zu erzeugen, anstatt sie weiter
517 importieren zu müssen. Deshalb wollen wir die Umstellung auf den ökologischen
518 Landbau voranbringen und die Vermarktung regionaler Produkte stärken. Unser Ziel
519 sind 20% ökologisch bewirtschaftete Flächen in Bayern bis 2020.

520 **Bildungsoffensive ökologische Landwirtschaft**

521 Doch dafür braucht es neben den richtigen Fördermaßnahmen vor allem eine
522 Bildungsoffensive für die ökologische Landwirtschaft. Fehlende
523 Ausbildungsmöglichkeiten und damit fehlende Kenntnisse zur ökologischen
524 Wirtschaftsweise dürften für viele junge, aber auch umstellungsinteressierte
525 Landwirte wichtige Gründe sein, ihren Betrieb nicht ökologisch zu
526 bewirtschaften. Wir begrüßen die Einführung des Studiengangs "Ökologische

527 Landwirtschaft" an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf zum Wintersemester
528 2015/16, sowie die Bildungsangebote für ökologischen Landbau und Tierhaltung an
529 der Akademie Kringell. Diese Bildungsangebote müssen flächendeckend ausgebaut
530 werden und verstärkt Einzug in die konventionellen Aus- und
531 Weiterbildungsrichtungen halten.
532 Maßnahmen:

- 533 • Stärkere Förderung für Umstellungsbetriebe in den ersten 2 Jahren
- 534 • Langfristige Absicherung der Förderung des ökologischen Landbaus
- 535 • „Ökologische Landwirtschaft" als attraktiven Studiengang verstetigen
536 und das Angebot ausweiten
- 537 • Anpassung der Lehrpläne aller landwirtschaftlichen Berufsschulen
- 538 • Stärkung der Agrarforschung insbesondere im Hinblick auf die
539 regionale/samenfeste Sortenzüchtung und Zweinutzungsrasen
- 540 • Ernährungsberatung und Aufklärung über Lebensmittelproduktion an
541 Kindergärten und Schulen

542 **Öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistung**

543 Wir finden es unsäglich, dass Milliarden von öffentlichen Geldern in die
544 Agroindustrie gepumpt werden, unter deren negativen Auswirkungen wir alle
545 leiden. Immer noch bekommen Großbetriebe einen unverhältnismäßig großen Anteil
546 der Fördermittel. Diese falschen Anreize haben in den vergangenen Jahren die
547 schädliche Intensivierung der Landwirtschaft massiv vorangetrieben und zum
548 dramatischen Höfesterben beigetragen. Eine gerechtere Verteilung ist 2013 auf
549 europäischer Ebene auch am Widerstand der deutschen Landwirtschaftsministerien
550 Ilse Aigner gescheitert. Wir wollen eine Förderpraxis, die den Wandel zu einer
551 modernen und nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft einleitet. Neue Wege in der
552 Landwirtschaft erfordern mutige Entscheidungen über Umverteilungen innerhalb des
553 bisherigen Systems. Wir wollen, dass sich die Förderung künftig auf kleine und
554 mittlere landwirtschaftliche Betriebe konzentriert und nicht die Großen
555 subventioniert. Öffentliche Gelder sollen nur für Leistungen gezahlt werden, von
556 denen wir alle profitieren. Nur so können wir unsere Natur- und Kulturlandschaft
557 effektiv schützen. Der Ökolandbau ist die nachhaltigste Form der Landwirtschaft.
558 Deshalb ist er bei der Investitionsförderung deutlicher zu bevorzugen.
559 Konventionelle Betriebe, die auf ihren Bauernhöfen nachhaltig wirtschaften,
560 wollen wir ebenso unterstützen, denn nur gemeinsam kann uns der Umbau der
561 Landwirtschaft gelingen.
562 Maßnahmen:

- 563 • Umschichtung der Mittel der EU-Agrarförderung aus der ersten Säule
564 (Direktzahlung) in eine starke zweite Säule
- 565 • eine Umstellung der Ausgleichszahlungen aus dem Europäischen
566 Landwirtschaftsfonds (ELER), so dass gewährleistet ist, dass nur noch
567 Investitionen in besonders tiergerechte Tierhaltungen gefördert werden

568 **Die Agrarwende selbst in die Hand nehmen**

569 Wie bei der Energiewende kann die Agrarwende nur gemeinsam mit den BürgerInnen
570 gelingen. In den letzten Jahren ist eine landwirtschaftspolitische
571 Graswurzelbewegung entstanden, die zeigt, dass neue Ansätze und Initiativen
572 erfolgreich sein können. Solche Ansätze sind z.B. Vermarktungsgenossenschaften
573 und die solidarische Landwirtschaft. Dort werden die Lebensmittel nicht mehr

574 über den Markt vertrieben, sondern fließen in einen eigenen, durchschaubaren
575 Wirtschaftskreislauf, der von den Beteiligten mit organisiert und finanziert
576 wird. Diese Strukturen wollen wir stärken, denn hier finden wir die Pioniere des
577 Wandels, die sich schon auf den Weg gemacht haben, oft mit großem persönlichem
578 Einsatz und finanziellem Risiko. Sie brauchen unsere politische Unterstützung.
579 Maßnahmen:

- 580 • Förderung landwirtschaftspolitischer Graswurzelbewegungen

581 **V Eine global gerechte Landwirtschaft**

582 Die industrielle Landwirtschaft, die auf Massentierhaltung, Import von
583 Futtermitteln und Agrarexport basiert, hat enorme Auswirkungen auf die
584 Ernährungssicherung und die Ernährungssouveränität in den Ländern des globalen
585 Südens. Eine Welt ohne Hunger und Mangelernährung ist für uns Grüne ein
586 zentrales Ziel. Agrarwende und der Kampf gegen Hunger und Mangelernährung
587 weltweit gehören zusammen gedacht. Über Initiativen wie die German Food
588 Partnership fördert die Bundesregierung unter fleißiger Mitwirkung der CSU-
589 Minister die zunehmende Monopolisierung der Landwirtschaft. Egal ob Saatgut,
590 Düngemittel oder Gifte, immer weniger Konzerne kontrollieren in immer größerem
591 Maße den Agrarsektor. Das schadet sowohl bäuerlichen Betrieben in Bayern, die
592 ökologisch produzieren möchten als auch Kleinbäuerinnen und Kleinbauern
593 weltweit. Anstatt neue Abhängigkeiten zu schaffen, aus denen einige wenige
594 Großkonzerne Profite schlagen, sollten wir bäuerliche Betriebe in Bayern und
595 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern weltweit stärken. Der Weltagrarbericht belegt
596 auf alarmierende Weise: nur eine radikale Umkehr hin zur bäuerlichen
597 Landwirtschaft kann die Welternährung langfristig sicherstellen.

598 **Ressource Land**

599 Fruchtbarer Boden ist eine knappe Ressource. Soja-Plantagen und andere
600 Monokulturen verdrängen weltweit lokale Kleinbauern. Ursache ist auch unser
601 übermäßiger Fleischhunger. Außerdem werden Böden durch Überdüngung, falsche
602 Anbauweisen und Gifteinsatz zerstört. Der Zugang zu landwirtschaftlich nutzbarem
603 Land wird für die lokalen Kleinbauern weltweit zur Existenzfrage. Unser
604 Überschuss (z.B. an Milch) in Bayern wird auf Kosten der Ressourcen und der
605 Fläche in den Ländern des globalen Südens produziert, die den Menschen dort für
606 den Anbau ihrer Lebensmittel fehlen. Unsere Art der Landwirtschaft und unsere
607 Art der Ernährung tragen zum Hunger in der Welt bei und beschleunigen durch die
608 fortschreitende Zerstörung der Savannen und der Regenwälder die Klimakrise. Wir
609 Grünen stehen für eine global gerechte Landwirtschaft, für den Anbau von
610 Futtermitteln auf eigenen Flächen statt massiver Futtermittelimporte und für ein
611 faires Auskommen aller Bäuerinnen und Bauern - egal ob in Bayern oder Benin.

612 **Klima schützen**

613 18 Prozent der durch den Menschen verursachten Treibhausgase werden in der
614 Landwirtschaft erzeugt. Das ist mehr als durch den gesamten Verkehr weltweit.
615 Einerseits produziert die industrielle Nutztierhaltung große Mengen der
616 klimaschädlichen Gase Ammoniak und Methan, andererseits setzt die großflächige
617 Urwaldabholzung für Futtersoja und Palmöl große Mengen an CO2 frei.
618 Problematisch ist besonders die Massentierhaltung. Daher unterstützen wir die im

619 UN Bericht 2010 formulierte Schlussfolgerung: „Ein Wechsel zu einer Ernährung
620 mit deutlich weniger tierischen Produkten ist notwendig, um die Welt vor den
621 schlimmsten Folgen des Klimawandels zu retten“.

622 Maßnahmen:

- 623 • Anbau von Futtermitteln auf eigenen Flächen in Bayern statt massiver
624 Futtermittelimporte aus Entwicklungsländern
- 625 • Raus aus der landwirtschaftlichen Überschussproduktion in Bayern,
626 Deutschland und Europa. Diese Überproduktion zerstört die
627 Weltmarktpreise und damit die Einkommen der KleinbäuerInnen
- 628 • Ausbau der Bildung zum Erhalt des traditionellen Wissens in der
629 Landwirtschaft
- 630 • Förderung der Bekanntheit von Öko & Fair-Initiativen/Siegeln
- 631 • Schutz und Verbreitung lokaler und sortenfester Samen sowie den
632 Klimaregionen angepasste Tierrassen
- 633 • Klimaschonend Essen als Bildungsaufgabe

634 **Wir haben es in der Hand**

635 Wir Grünen sind davon überzeugt, dass es uns gelingen kann, die Wende zugunsten
636 einer langfristig umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft in die Wege zu
637 leiten. Für den Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft in unserem schönen
638 Bayern brauchen wir eine nachhaltige Landwirtschaft mit tiergerechterer
639 Tierhaltung. Große Teile der Bevölkerung unterstützen diese Ziele. Wir Grüne
640 wollen sie in enger Abstimmung gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern
641 erreichen. Bäuerliche Betriebe brauchen wieder eine echte Zukunftsperspektive
642 und Entwicklungspfade jenseits der agroindustriellen Irrwege, ob im Haupt- oder
643 im Nebenerwerb, in Einzelunternehmen oder als Genossenschaft organisiert. Dass
644 die richtige politische Rahmensetzung eine gute Landwirtschaft bewirkt, zeigen
645 unsere LandwirtschaftsministerInnen in den grün (mit-)regierten Bundesländern.
646 Das muss auch der Weg für Bayern sein.
647 Für eine solche Neuausrichtung der Agrarpolitik sind engagierte politische
648 Entscheidungen, umfassende Informationen und Überzeugungsarbeit bei allen
649 Beteiligten notwendig. Wer, wenn nicht wir Grünen, sollte diesen Anspruch
650 formulieren und Wege dorthin aufzeigen.